

## **ANTRAGSGRUPPE D/ ARBEITSMARKT-UND WIRTSCHAFTSPOLITIK**

### **I 2**

#### **Frauenförderung in der regionalen Strukturpolitik**

##### **I. Vorbemerkung**

Mit der "Zukunftsinitiative Montanregionen" (ZIM) leitete die Landesregierung NRW 1988 einen neuen Weg in der Strukturpolitik ein: die Regionalisierung !

Mit ZIM wurde erstmals gleichstellungs- und frauenpolitische Projekte in einem Programm der Wirtschafts- und Strukturförderung verankert und damit Frauenförderung nicht als eine gesonderte Förderung, sondern als Förderung im Rahmen einer Querschnittsaufgabe verankert.

Fortgesetzt wurde die Strukturförderung des Landes durch die Zukunftsinitiative für die Regionen NRW's (ZIN), den "Handlungsrahmen Kohlegebiete" und das Programm für Montanstandorte.

Mit Kabinettsbeschluß vom 16. Oktober 1990 wurden die Regionen des Landes aufgefordert, "regionale Entwicklungskonzepte" zu erstellen. Als Forum und Mittel zur Koordinierung struktureller Aktivitäten wurden die sog. "Regionalkonferenzen" geschaffen.

In ihren "Handlungsempfehlungen" vom 26. November 1990 für die Erarbeitung von "regionalen Entwicklungskonzepten" hat die Landesregierung die Berücksichtigung von "frauenspezifischen Aspekten des Strukturwandels" angemahnt. D.h., daß in den Regionalkonzepten folgende Bereiche behandelt werden sollen:

Ausbildungs- und Beschäftigungssituation von Frauen sowie Zielvorstellungen zur Entwicklung der Frauenerwerbsarbeit  
Qualifizierungsangebote für Frauen  
Stand und Perspektiven der betrieblichen Frauenförderung in der Region  
Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Frauen  
Notwendigkeiten flankierender Maßnahmen (Kinderbetreuungsmöglichkeiten, öffentlicher Nahverkehr, wohnortnahe Arbeitsplätze usw.)

Darüber hinaus wurde gefordert, daß die Gleichstellungsbeauftragten insbesondere in die Regionalkonferenzen einbezogen werden.

##### **II. Zwischenbilanz der Frauenförderung im Rahmen der regionalen Strukturpolitik**

In den Regionen des Landes hat AsF frühzeitig mit den kommunalen Gleichstellungsstellen - in etlichen Regionen zusammen mit AfA und DGB - Stellungnahmen zu den Entwürfen der Entwicklungskonzepte für die Regionen abgegeben. Diese Stellungnahmen gingen von Forderungen zur Ergänzung der Entwicklungskonzeptentwürfe bis hin zu Alternativentwicklungskonzepten.

Für zwei Regionen - die Region Emscher-Lippe-Raum und das Münsterland - wurden Strukturanalysen zur Situation und Entwicklung der Frauenerwerbstatigkeit erstellt. Sie enthalten Aussagen über die Strukturdaten (demographische Entwicklung, Infrastrukturausstattung als Rahmenbedingungen der Erwerbsmöglichkeiten von Frauen - als auch arbeitsmarktbezogene Daten (Arbeitskräfteangebot und -nachfrage, Ausbildungsplatzangebot und -nachfrage, Wirtschaftsstruktur und Beschäftigungsverteilung nach Geschlecht, Feinanalysen für das verarbeitende Gewerbe und den Dienstleistungssektor, außerbetriebliche Qualifizierungsangebote im Bereich beruflicher Fortbildung

und Umschulung). Durch das Zurückgreifen auf "vorhandenes" statistisches Material haben die Analysen ein Manko: Sie erfassen nicht die ungeschützten Beschäftigungsverhältnisse, die "stille Reserve" (obwohl Frauen Beschäftigung suchen, melden sie sich nicht arbeitslos); das große Spektrum von Frauenerwerbswünschen.

In den regionalen Entwicklungskonzepten sind die aus den Analysen abzuleitenden strukturfördernden Konsequenzen wenig nachvollzogen.

Ursache dafür ist nicht zuletzt die fehlende Interessenvertretung in den Institutionen der Regionen und die Dominanz der Hauptverwaltungsbeamten sowie der IHK's

Die Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten und der Kommunalstellen "Frau und Wirtschaft" hatte bisher häufig nur Alibi-Charakter. Eine reale Integration in den Ablauf von Regionalkonferenzen und die Struktur von Regionalarbeitskreisen - von regionalen Lenkungsgremien ganz zu schweigen - fand nur in Ansätzen statt. Ein weiteres Problem besteht in der Nichtbeteiligung von gewählten MandatsträgerInnen der Gebietskörperschaften.

So verwundert es nicht, daß nur einige regionale Entwicklungskonzepte frauenspezifische Förderungsmaßnahmen enthalten, was noch nicht heißt, daß sie auch umgesetzt werden. Wenn es um die Prioritätenabstimmung von Projekten und Maßnahmen in den Regionalkonferenzen geht, erhalten die frauenspezifischen Förderungsmaßnahmen und Projekte oftmals eine nachrangige Priorität. Dort, wo sie einen vorderen Platz auf der Prioritätenliste erhalten haben, mangelt es in der Umsetzung an ernsthafter Unterstützung.

III. Aus der bisherigen Praxis der regionalen Strukturpolitik müssen folgende Forderungen abgeleitet werden, wenn das durch die Landesregierung erklärte Ziel,

"- die Nutzung bestehender Instrumente der regionalen Wirtschafts- und Strukturpolitik genutzt werden muß, um die Beseitigung der bestehenden strukturellen und systematischen Diskriminierungen von Frauen abzubauen - "

auch tatsächlich realisiert werden soll.

Die Arbeits- und Sozialorientierung der Strukturpolitik wird nicht von selbst durch die Dynamik des marktwirtschaftlichen Systems befriedigt, sondern ist durch Politik in die Wirtschaftsstrukturen zu implementieren. Insbesondere durch eine Strukturpolitik, die die verschiedenen Aktionsfelder mit der Entwicklung der Branchen gestaltend verknüpft.

1. Ohne entwickelte Vorstellungen zum zukünftigen regionalen Branchenprofil fehlen die Grundlagen für eine gleichstellungsorientierte Strukturpolitik. Der Vorstellungsentwicklung muß eine frauenspezifische Strukturanalyse vorausgehen. Deshalb ist es notwendig, daß diese Strukturanalysen von der Landesregierung verbindlich den Regionen vorgeschrieben werden.
2. Damit aus der frauenspezifischen Strukturanalyse und der aus ihr abgeleiteten Entwicklung von Projekten auch eine Umsetzung gewährleistet wird, müssen alle Arbeitsmarkt- und Strukturförderungsprogramme des Landes
  - a. frauenfördernde Elemente enthalten und darüber hinaus
  - b. für Frauenprojekte ein angemessener Anteil gesichert werden.

3. Durch Vorgaben des Landes muß die angemessene gesellschaftliche und politische Beteiligung, und damit auch die von Frauen, in den Regionalkonferenzen sichergestellt werden.  
Dies gilt auch für die vorbereitenden Gremien, die heute von Region zu Region in der Zusammensetzung unterschiedlich sind (z.B. Vorstand Regionalkonferenz, Regionalbeirat, Gesamtfraktion, Lenkungsgruppe usw.). Institutionalisiert werden muß durch Landesempfehlung auch der heute in einigen Regionen lockere Zusammenschluß von "Frauenarbeitsgemeinschaften regionale Strukturpolitik", mit dem sich Vertreterinnen der kommunalen Gleichstellungsstellen und anderen Fachfrauen in der Region vernetzt haben. Das bedeutet aber auch, daß die von der Frauenarbeitsgemeinschaft mit der Federführung Betraute eine gewisse Freistellung und institutionelle Unterstützung erhält.
4. Die Regionalkonferenzen müssen als verbindliche Aufgabenstellung in Kooperation mit regionalen Fraueninitiativen (z.B. Mia, Münster) und damit auch feste personelle Zuordnung
  - a. die Fortschreibung der frauenspezifischen Strukturanalyse der Region
  - b. die Koordinierung der Interessenvertretung von Frauen und Entwicklung von strukturfördernden Projekten
  - c. einen jährlichen Bericht vor der Regionalkonferenz, über die Entwicklung von Erwerbsarbeitsplätzen für Frauen
5. Zur Frauenförderung im Rahmen der Arbeitsmarkt- / Beschäftigungs- und Strukturförderung des Landes NRW sollte eine "Querschnittsarbeitsgruppe aller Landesministerien" unter der Federführung des Ministeriums für die Gleichstellung von Frau und Mann eingerichtet werden, die den Kontakt mit den Beauftragten der regionalen "Frauenarbeitsgemeinschaften Strukturpolitik" hält.
6. Die 33 in NRW eingerichteten Kommunalstellen "Frau und Wirtschaft"/"Frau und Beruf" müssen sichergestellt und fortentwickelt werden:
  - a. das Land sichert dauerhaft eine Förderung von 70%
  - b. die Kommunen in den Regionen bringen den Eigenanteil von 30% für ihre Kommunalstellen in Form eines Regionalverbundes - was auch bedeutet, daß die Stellen zu Teilregionalstellen ausgebaut werden müssen.

Die Regionalstellen "Frau und Beruf"/"Frau und Wirtschaft" müssen auch konzeptionell weiterentwickelt werden zu Instrumenten der regionalen Strukturpolitik, die die gleichstellungspolitischen Aufgaben voranbringen.
7. Die Landesregierung soll zur Umsetzung dieser Forderungen einen Landesfrauenplan erarbeiten. Ein Schwerpunkt des Planes muß ein "Aktionsprogramm Frau und Beruf" sein.

## D 1

### Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik

#### I.

Wir finden uns mit der steigenden Arbeitslosigkeit nicht ab. Der Kampf für neue Arbeitsplätze ist wichtigste innenpolitische Aufgabe; davon hängt die existentielle Zuversicht vieler Menschen ab, die Sicherung des Sozialstaates, die Erhaltung des sozialen Friedens und letztlich die Stabilität unserer demokratischen Ordnung. Unter dem Druck der tiefen wirtschaftlichen Krise

droht das Gütesiegel des Standorts Deutschland, der gesellschaftliche Konsens, nachhaltig Schaden zu erleiden. Dies wiegt umso schwerer, als die gegenwärtigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht nur vorübergehender Natur sind.

Diese zukunftsbedrohenden Entwicklungen werden wir nur in einer nationalen Gemeinschaftsanstrengung bewältigen können. Wir müssen bundesweit

- Investitionen in wettbewerbsfähige, zukunftsorientierte Arbeitsplätze gezielt, d.h. auch steuerlich, stärker fördern und Spekulationsgewinne steuerlich gezielt zu belasten;
- höchste Priorität für eine verantwortungsvolle Forschung und Entwicklung in der Hochtechnologie einräumen,
- unsere immer noch vorbildliche Aus- und Weiterbildung verbessern, d.h. vor allem: die Attraktivität der beruflichen Bildung durch bessere Aufstiegschancen erhöhen,
- die Arbeitszeiten der Beschäftigten weiter verkürzen, um die Arbeit gerechter auf alle zu verteilen und die Arbeitslosigkeit abzubauen; die kapitalintensiven Arbeitsplätze durch flexiblere Arbeitsformen besser nutzen, ohne die individuellen Arbeitszeiten zu verlängern. So können zugleich mehr Zeitsouveränität und kreativer Entfaltungsspielraum für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer entstehen.
- die Lohnnebenkosten dadurch senken, daß sie von fremden Lasten befreit werden und die überfällige Reform der Finanzierung der Sozialversicherung endlich in Angriff genommen wird,
- den Faktor Arbeit durch eine überfällige ökologische Steuerreform entlasten, die die rationelle Verwendung von Energie und Rohstoffen fördert;
- durch einen "sozialen Lastenausgleich" auch hohe Einkommen und große Vermögen zur Finanzierung der öffentlichen Aufgaben heranziehen und so brachliegendes Kapital nachfrage- und beschäftigungswirksamer Verwendung zuzuführen.
- durch intelligente Regulierung und ein öffentliches Zukunftsinvestitionsprogramm neue Märkte und Arbeitsplätze beispielsweise in der Umwelttechnologie, in der Kreislaufwirtschaft, im Kommunikations- und im Gesundheitswesen schaffen,
- vor allem aber eine bessere Abstimmung zwischen Staat, Wirtschaft und Gewerkschaften herbeiführen. Die Mitbestimmung muß weiter ausgebaut werden. Unsere Stärke lag immer in der kooperativen Lösung von Konflikten als Grundlage des wirtschaftlichen und sozialen Fortschritts. Das soll auch künftig so bleiben.

## II.

Die Bundesregierung hat es sträflich vernachlässigt, ihre Vermittlungskompetenz einzusetzen und den Dialog über gesellschaftliche Entwicklungspfade zu initiieren. Nach 11 Jahren "geistig-moralischer" Wende und einseitiger Akzentuierung individualistischer Werte und Tugenden sind Politik, Wirtschaft und Wissenschaft dialogunfähig geworden. Es mangelt an der Bereitschaft, gemeinsame Ziele und Prioritäten festzulegen und sich verantwortungsvoll an der Definition des Gemeinwohls zu beteiligen. Am Vorabend des 21. Jahrhunderts herrscht eine weitverbreitete Orientierungslosigkeit am Arbeits- und Lebensstandort Deutschland, die unser aller Zukunft bedroht.

Wir Sozialdemokraten wollen dem ein Ende bereiten. Wir wollen eine intensive Diskussion über die Formulierung einer neuen industriellen Strategie, die nicht in der rückwärtsgerichteten Verklärung der 50er Jahre gefunden werden kann. Wir wollen eine Erneuerung in den Köpfen

bewirken, die einen innovativen Schub in Wirtschaft und Gesellschaft auslösen wird. Ein neuer Konsens muß entwickelt werden, der ökonomische Modernisierung und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit mit sozialstaatlicher Gestaltung sowie ökologischem Umbau der Industriegesellschaft verbindet.

### III.

Verschiebungen in der weltweiten Arbeitsteilung, qualitativ neue Herausforderungen im Wettlauf um technologische Führung und berufliche Qualifikationen sowie anhaltende innerstaatliche Umverteilungsprozesse zu Gunsten der neuen Länder stellen auch Nordrhein-Westfalen vor neue Herausforderungen.

Mit unserer Strukturpolitik haben wir in Nordrhein-Westfalen einen bundesweit als vorbildlich geltenden Weg eingeschlagen. Seit dem Aktionsprogramm Ruhr im Jahre 1968 haben wir in 25 Jahren Erfahrungen bei der ökonomisch wirkungsvollen und sozial verträglichen Bewältigung des Strukturwandels gesammelt, die ihresgleichen suchen. Die Erstellung der regionalen Entwicklungskonzepte markiert eine neue Qualität der Zusammenarbeit in den Regionen und im Lande.

Die zunehmende Einbeziehung der Erfahrungen und des Wissens aller Beschäftigten in die betriebliche Innovationsentwicklung, mit dem Ziel der Stärkung der einzelnen Unternehmen und Arbeitsplatzsicherung, ist weiter zu entwickeln.

In einer intensiven Diskussion mit allen Beteiligten müssen wir Leitbilder als Richtschnur für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung unseres Landes entwickeln, die an die folgenden Orientierungspunkte anknüpfen können:

- Vorrang muß die Schaffung neuer wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze am Arbeits- und Lebensstandort Nordrhein-Westfalen haben. Sozialdemokraten in Bund und Land werden keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit höchste Priorität einnimmt.

Diese Aufgabe ist mit alten Wachstumsrezepten nicht zu lösen. Wir müssen die strategischen Wachstumspotentiale unserer Wirtschaft noch stärker entwickeln, die ökonomische und die ökologische Modernisierung vorantreiben und die sozialverträgliche Bewältigung des Strukturwandels auch unter erschwerten Bedingungen sichern. Wachstumspotentiale mit stabilisierenden und stimulierenden Wirkungen liegen insbesondere auch in der Bewältigung drängender sozialer Probleme. Durch die Veränderung der Familienstrukturen, das Bevölkerungswachstum und die zunehmende Zahl älterer Menschen ist ein hoher Bedarf an zusätzlichem und altengerechtem Wohnraum entstanden. Der zur Befriedigung dieses Bedarfs erforderliche Neubau und die notwendige Modernisierung von Wohnraum hat arbeitsplatzzerhaltende und arbeitsplatzschaffende Effekte, die über den Bereich der Bauwirtschaft hinausgehen. Ökologisches, energiesparendes und altengerechtes Bauen schafft zusätzlich einen Markt für neue Technologien im Bereich der Energieeinsparung und des Einsatzes regenerativer Energien und der Kommunikation.

Dazu gehört es auch, daß die am härtesten vom Strukturwandel betroffenen Branchen klare Perspektiven und Unterstützung erhalten. Nordrhein-Westfalen hat sich stets nachdrücklich zu seiner sozialen und ökonomischen Verantwortung bekannt. Wir fordern daher auch die Bundesregierung auf, ihrer besonderen Verantwortung für die wettbewerbsstarke Stahlindustrie endlich gerecht zu werden. Nach wir vor brauchen wir auch eine glaubwürdige Klärung der langfristigen Perspektiven und der Planungssicherheit für die deutsche Kohle. Die Bundesregierung muß endlich ihrer Verantwortung gerecht werden.

Mit der "Gemeinschaftsaktion Industriestandort Nordrhein-Westfalen" will die Landesregierung dem Strukturwandel zusätzliche Impulse geben und damit Beschäftigung sichern und neue Beschäftigungschancen eröffnen. Damit greift sie einen von der SPD-Landtags-

fraktion initiierten Beschluß des Landtags zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise auf und setzt die landespolitischen Möglichkeiten in konkrete Politik um. Das ist ein sichtbares Zeichen für eine aktive Politik in Richtung Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit und gegen die beschäftigungspolitische Enthaltensamkeit der Bundesregierung.

- Das technologische Niveau und das Qualifikationsangebot am Wirtschaftsstandort Nordrhein-Westfalen ist generell als gut zu bezeichnen. Unsere Wirtschaft ist hochproduktiv und leistungsstark, sie muß sich aber auf veränderte Bedingungen einstellen. Weltweit geht die technologische Entwicklung immer stärker in Richtung auf integrierte Systeme (Mechatronik, Optoelektronik, audio-visuelle Medien, Biotechnologien etc.), die neue, integrierte Produktionsstrukturen erfordern. Die Förderung von Verbundproduktionen kann Synergien und Innovationsimpulse auslösen, die weit über die jeweilige Branche hinausreichen. Wir müssen deshalb Kooperation gerade zwischen kleinen und mittleren Unternehmen stärker fördern. Wenn es uns gelingt, aus Konkurrenten Partner im Wettbewerb zu machen, können wir strategische Lücken in der Produktionsstruktur schließen und dazu beitragen, die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen grundlegend zu verbessern.
- Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Jahren eine beispielhafte Infrastruktur in der Technologieförderung aufgebaut und erhebliche Anstrengungen für die Technologieförderung in kleinen und mittleren Unternehmen unternommen. Die Phase des Aufbaus der Infrastruktur ist damit weitgehend abgeschlossen. Um eine optimale Marktwirksamkeit zu erzielen, müssen diese Einrichtungen und Angebote künftig stärker vernetzt werden.
- Vernetzungsbedarf gibt es auch im Bereich der Außenwirtschaft, wo deutsche und nordrhein-westfälische Unternehmen - benachteiligt durch den stark gestiegenen Außenwert der DM - in den letzten Jahren empfindliche Marktanteilsverluste hinnehmen mußten. Vor allem auf den asiatisch-pazifischen Wachstumsmärkten sind unsere Unternehmen nur unzureichend präsent; insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sind bei notwendigen Serviceleistungen oder bei der alltäglichen Kontaktpflege in ihren Möglichkeiten überfordert. Das Land muß deshalb in Zusammenarbeit mit den Organisationen der Wirtschaft seine bewährten Außenwirtschaftsaktivitäten intensivieren und zielgerichtet weiterentwickeln.
- Die Strukturpolitik des Landes muß gerade aus mittel- und langfristigen Perspektiven heraus mit der Gleichstellungspolitik verzahnt sein. Hier müssen wir vorhandene Instrumente weiterentwickeln und in Zusammenarbeit mit Wirtschaft und Gewerkschaften für die regionalisierte Strukturpolitik nutzbar machen.
- Die Energie- und Umweltpolitik bleibt auch künftig ein zentrales Handlungsfeld des Landes. Wir müssen die Innovationen in der Umwelt- und in der Energiespartechnologie forcieren und der nordrhein-westfälischen Wirtschaft hier ein großes Wachstumsfeld aufschließen. Fortschritte in der rationelleren Energieerzeugung und -verwendung sind Meilensteine auf dem Wege vom nachsorgenden zum integrierten Umweltschutz. Durch den Einsatz marktwirtschaftlicher Instrumente - wie etwa einer Energiesteuer - können gesamtwirtschaftliche Innovationsimpulse ausgesandt und die weltweit führende Position nordrhein-westfälischer Hersteller von Umwelt- und Energiespartechnologie nachhaltig gestärkt werden. Dies gilt auch für den Neubau und die Modernisierung von Wohnungen und gewerblich-industriellen Gebäuden.
- Die Entsorgungsstruktur ist zu einem wichtigen und kostenintensiven Standortfaktor geworden. Auch hier gilt, daß nachsorgender Umweltschutz zusehends teurer wird als die ökologisch verantwortungsbewußte Gestaltung von Produkten und Verfahren. Mit den im Aufbau befindlichen Verbundsystemen der Entsorgung von Automobilen etc. nimmt Nord-

rhein-Westfalen auch in diesem Bereich eine Spitzenstellung ein, die es konsequent auszubauen gilt.

#### IV.

Arbeitsmarktpolitik hat bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eine wichtige Funktion. Sie kann zwar kein Ersatz sein für die Verantwortung der Wirtschaft, der privaten und der öffentlichen Unternehmen. Sie kann aber Brücke sein zum ersten Arbeitsmarkt für die, die arbeitslos sind oder von Arbeitslosigkeit bedroht.

Arbeitsmarktpolitik ist eng verschränkt mit Wirtschafts- und Strukturpolitik, mit Technologie- und Wissenschaftspolitik, auch mit Finanz- und Währungspolitik. Sie kann um so erfolgreicher sein, je stärker sie auch vertikal - zwischen EG, Bund, Land und Region - koordiniert ist.

Arbeitsmarktpolitik hat ihr eignes Gewicht, denn sie orientiert sich mit ihren Zielsetzungen und Entscheidungen an den einzelnen betroffenen Menschen unmittelbar und nicht ausschließlich an den - auch wichtigen - makroökonomischen oder branchen- und betriebsspezifischen Erfordernissen. Sie stellt sich dem unvermeidbaren Zielkonflikt, auch in Zeiten rigoroser und hektischer Strukturveränderungen das individuelle Schicksal der Betroffenen nicht zu verdrängen. Für die SPD NRW bleibt eine offensive Arbeitsmarktpolitik ein unverzichtbares Instrument im Kampf für Beschäftigung.

#### - Qualifizierung ist Perspektive

Das Land muß seine Bemühungen fortsetzen, vorrangig auf dem Wege der Qualifizierung Arbeitslosen und von Arbeitslosigkeit Bedrohten neue Berufschancen zu eröffnen. Auch wenn eine Qualifizierung, die immer eine Orientierung auf einen voraussichtlich zukunfts-trächtigen Berufsbereich sein muß, nicht direkt zu einer Beschäftigung im ersten Arbeitsmarkt führt, verbessert sie die Startbedingungen der betroffenen Männer und Frauen.

#### - Die Langzeitarbeitslosen nicht abschreiben

Es muß auch künftig ein bundesweites Programm geben, das ausdrücklich und gezielt Langzeitarbeitslosen neue berufliche Perspektiven bietet. Priorität soll die durch Arbeitsplatz- und Lohnkostenzuschüsse geförderte Übernahme von Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt haben. Das Land wird sich an einem derartigen Programm im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten ergänzend beteiligen.

#### - Neue Jugendarbeitslosigkeit verhindern

Zum erstenmal seit Jahren gibt es wieder massiv das Problem der 2. Schwelle: Nach der Ausbildung werden Jugendliche von den Ausbildungsbetrieben nicht übernommen und finden auch keine andere Chance am Arbeitsmarkt. Dem müssen Tarifparteien und Politik flexibel begegnen. Teilzeitarbeitsplätze können eventuell in Verbindung mit Zusatzqualifizierung, für Jugendliche ein sinnvoller Weg für einen schrittweisen Übergang in eine Vollbeschäftigung sein. Der schrittweise Umstieg älterer Beschäftigter aus der Vollzeitbeschäftigung kann das erleichtern.

#### - Berufsausbildung bleibt sinnvoll

Auch wenn Ausbildung nicht immer unmittelbar in Beschäftigung führt, bleibt sie unverzichtbare und zielorientierte Vorbereitung auf einen Beruf. Das duale System hat sich bewährt, muß aber modernisiert und fortentwickelt werden, damit es den Erfordernissen auch zukünftig gerecht werden kann.

#### - Berufsrückkehrerinnen brauchen eine Chance

Noch immer sind es ganz überwiegend Frauen, die aus familiären Gründen zeitweise aus dem Berufsleben ausscheiden. Sie müssen - wenn sie das wollen - auch in Zukunft durch gezielte Programme neu auf ihren bisherigen oder auf einen anderen Beruf vorbereitet

werden. Die Bekämpfung dieser Form der Arbeitslosigkeit von Frauen darf auch bei schwierigster allgemeiner Arbeitsmarktlage nicht vernachlässigt werden.

- Der Bund darf sich nicht verweigern

Das Land kann nicht die Lücke schließen, die der Bund mit seiner Politik reißt. Die Kürzung der Mittel bei der Bundesanstalt für Arbeit für Fortbildung und Umschulung und für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die drastisch verschlechterten Förderungsbedingungen seitens des Bundes reduzieren die Möglichkeiten einer gezielten Qualifizierungspolitik deutlich. Wir fordern den Bund auf, die arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch unverantwortlichen Kürzungen zurückzunehmen. Die verfügbaren Mittel für Fortbildung und Umschulung und für ABM müssen auch eingesetzt werden. 1993 hat der Bund durch Mißmanagement und absichtsvoll einige hundert Millionen DM verfallen lassen, die für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen vorgesehen waren. Angesichts der existentiellen Sorgen der Arbeitslosen ist dies mehr als eine Schlamperei.

- Arbeitsmarktpolitik in den Regionen stärken

In den Regionen müssen alle am Arbeitsleben Beteiligten - insbesondere Arbeitnehmer und Arbeitgeber und ihre Organisationen, Öffentliche Hände und Arbeitsamt - zusammenwirken, um die örtlich und regional effektivste Form von Arbeits- und Strukturförderung gemeinsam zu finden und umzusetzen. Die erfolgreiche Verknüpfung von Regional- und Strukturpolitik in NRW mit präventiver und flankierender Arbeitsmarktpolitik muß fortgesetzt werden.

Arbeitsmarktpolitik und Strukturpolitik müssen noch stärker verzahnt werden. Deshalb ist es notwendig, das AFG zu einem zeitgemäßen Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG) weiterzuentwickeln. Die SPD lehnt weitere Kürzungen ab.

- Arbeitsmarktpolitik übersichtlicher und unbürokratischer gestalten

Die Arbeitsmarktprogramme des Landes müssen auf Effizienz, Effektivität und Transparenz überprüft werden. Vieles hat sich bewährt, aber die Rahmenbedingungen ändern sich laufend. Die Programme müssen zügig umgesetzt und deutlich verbessert werden.

- Illegale Beschäftigung verhindern

Die illegale und oft ausbeuterische Beschäftigung von Menschen muß verhindert werden. Die Zusage, eine begrenzte Zahl osteuropäischer Arbeitnehmer in Deutschland zu beschäftigen, muß durch ordentliche Arbeitsverträge erfüllt werden.

Auch Kinderarbeit und Scheinselbständigkeit wollen wir unterbinden. Sie widersprechen unseren Forderungen an menschenwürdige Arbeit.

- Ein zweitklassiger, außertariflicher Arbeitsmarkt ist keine Lösung

Wir lehnen einen zweitklassigen, tariflich nicht abgesicherten Niedriglohn-Arbeitsmarkt ab. Er gefährdet besonders die Arbeitnehmer im unteren Einkommensdrittel des regulären Arbeitsmarktes und würde außerdem der Arbeit von Handwerk und Mittelstandsbetrieben Schaden zufügen.

- Beschäftigungsgesellschaften punktuell sinnvoll

Beschäftigungsgesellschaften können wirkungsvoll dazu beitragen, für Langzeitarbeitslose Arbeitsplatzmöglichkeiten und Qualifizierungschancen zu schaffen. Ziel muß es aber bleiben, auch solche Arbeiten in Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes einzubinden und so stabile und auf Dauer angelegte Arbeitsplätze zu schaffen.

- Arbeitszeit hat eine Schlüsselfunktion

Die Verlängerung der individuellen Arbeitszeit ist angesichts zunehmender allgemeiner Arbeitslosigkeit ein Irrweg. Die Verteilung der Arbeit auf möglichst viele Arbeitsfähige ist vor



allem Aufgabe der Tarifpartner. Für viele Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen sind flexible Arbeitszeiten bereits Realität. Die gesetzlichen Voraussetzungen sind weitgehend gegeben.

Wir treten für Arbeitszeitmodelle ein, die es Frauen und Männern ermöglichen, auch ihrer Verantwortung für die Erziehung von Kindern gerecht zu werden.

Arbeitszeitverkürzung und Flexibilisierung dürfen nicht dazu führen, daß das Arbeitseinkommen als Grundlage für die Existenzsicherung in Frage gestellt und der Arbeitsschutz abgebaut werden.

Ein konsequenter Ausgleich von Sonntags- und Feiertagsarbeit durch Freizeit statt Lohnzuschlag brächte rechnerisch rund 600.000 zusätzliche Arbeitsplätze. In der Berücksichtigung der tatsächlichen Arbeitswünsche liegt ebenfalls noch ein erhebliches Potential zusätzlicher Arbeitsplätze.

## **D 2 (Resolution)**

### **Initiative für Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit**

Die Bundesrepublik Deutschland steckt in der tiefsten Wirtschaftskrise nach dem 2. Weltkrieg. Das Bruttosozialprodukt wird nach den vorliegenden Prognosen im Jahre 1993 in den westlichen Bundesländern gegenüber dem Vorjahreszeitraum um mindestens 1,5% schrumpfen. Die Auftriebskräfte in den neuen Bundesländern sind weiterhin schwach ausgeprägt. In den Strudel rezessiver Entwicklung sind alle Branchen der Industrie einbezogen. Der wirtschaftliche Rückgang hat nicht nur die besonders konjunkturrempfindlichen Montanindustrien (Kohle und Stahl) erfaßt, sondern auch die bislang wachstumsstarken Branchen wie der Maschinenbau, die chemische Industrie, die Elektrotechnik, die Automobilindustrie und ihre Zulieferer geraten in nachhaltige Schwierigkeiten.

Der Konjunkturereinbruch hat die lang anhaltenden strukturellen Probleme und die auf vielen Feldern vor allem durch Managementfehler verlorene internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft offensichtlich werden lassen.

Ohne Kurswechsel in der Politik wird die Arbeitslosigkeit steigen und die Wirtschaft geschwächt.

Eine verfehlte Geld- und Währungspolitik hat das ihre bewirkt, die exportorientierten Wirtschaftszweige in ihrer Stellung auf den Weltmärkten zu schwächen und hat somit zur wachsenden Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland beigetragen.

Nach allen mittelfristigen Prognosen wird ohne eine veränderte Politik die Stärkung der wirtschaftlichen Wachstumskräfte nur sehr allmählich erfolgen, so daß mit einer wirtschaftlichen Stabilisierung ohne Kurswechsel in den 90er Jahren nicht mehr zu rechnen ist.

Besonders deutlich spiegelt sich die katastrophale wirtschaftliche Entwicklung in der Höhe der Arbeitslosigkeit wider. Im Juli dieses Jahres waren insgesamt 3,265 Mio. Männer und Frauen arbeitslos gemeldet. Zusammen mit den 2,017 Mio., die sich in Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit befinden, ergibt sich somit Mitte des Jahres 1993 eine Beschäftigungslücke von 5,282 Millionen.

Vor allem in den westlichen Bundesländern hat die Arbeitslosigkeit mit 2,326 Mio. Arbeitslosen den höchsten Stand seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland in einem Julimonat überhaupt erreicht. Besonders erschrecken dabei der Zuwachs der registrierten Arbeitslosigkeit binnen eines Jahres (Zuwachsrate knapp 30%).

Gleichzeitig hat sich die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik nachhaltig verfestigt. Der Anteil der Langzeitarbeitslosen (länger als ein Jahr arbeitslos gemeldet) und die Mehrfach-Arbeitslosen erreichen im Bundesdurchschnitt inzwischen fast 30%. In einigen Schwerpunktarbeitsamtbezirken, so auch im Ruhrgebiet, erreicht die Zahl inzwischen fast 40%. Besonders betroffen von der Arbeitslosigkeit sind zunehmend Frauen, Schwerbehinderte und vor allem Ausländerinnen und Ausländer. Nach erfolgreich abgeschlossener Ausbildung verschärfen sich auch wieder die Probleme von Jugendlichen, einen festen Arbeitsplatz zu finden. Immer mehr Betriebe übernehmen von ihnen ausgebildete Jugendliche nicht mehr.

Die mittelfristigen Prognosen für den Arbeitsmarkt lassen eine erschreckende Perspektive erkennen: Bis weit ins nächste Jahrtausend hinein wird - ohne eine Veränderung der Politik - die Beschäftigungslücke (registrierte Arbeitslose, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Maßnahmen und stille Reserve) bei knapp 7,0 Mio Menschen liegen (Prognos AG: 6,7 Mio.).

Diese düstere Perspektive auf dem Arbeitsmarkt fällt zusammen mit einem weiter sich vollziehenden Strukturwandel, zunehmenden Rationalisierungsprozessen und einem Verlust an Massenkaufkraft, der seinerseits den wirtschaftlichen Aufschwung schwächt.

### Die Bundesregierung bekämpft den Sozialstaat und nicht die Arbeitslosigkeit

Die konservativ-liberale Mehrheit in Bonn steht dieser Entwicklung handlungsunfähig gegenüber. Sie vertraut auf die vermeintlichen Selbstheilungskräfte des Marktes, spricht davon, daß die Wirtschaft eine Angelegenheit der Wirtschaft selbst sei oder diffamiert besorgte Stimmen, die eine politische Wende verlangen, als "Gejammere auf hohem Niveau".

Gleichzeitig nutzt sie die selbstverschuldete Haushaltskrise, um einen ständigen und massiven Sozialabbau zu betreiben. Sie fährt die aktive Arbeitsmarktpolitik zurück, senkt die Löhnersatzleistungen und reduziert die Sozialhilfe.

Auf diese Weise wird die 2/3-Gesellschaft verfestigt und die gesamte Last, auch der einigungsbedingten Kosten, auf die Schultern der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abgewälzt. Die von der Bundesrepublik verfolgte Politik der Deregulierung, der Schwächung der Arbeitnehmerrechte, der mittelbaren und unmittelbaren Eingriffe in die Tarifautonomie, der Privatisierung und der Umverteilung von unten nach oben führt nicht nur zu einer Verfestigung der sozialen Gegensätze und ungleicher Verteilung des wirtschaftlichen Wohlstands und der Chancen, sondern auch zu einer Zementierung der Beschäftigungs- und Strukturprobleme in der Bundesrepublik.

### Wir wollen den sozialen Frieden bewahren

Der Sozialstaat ist in Gefahr. Entsolidarisierung wird bewußt betrieben. Allerdings scheinen die konservativ-liberalen Kräfte nicht zu sehen, zu welchem Vertrauensverlust ihre Politik bei der Bevölkerung führt und welchen Vorschub sie rechtsradikalen Kräften durch die fehlende Kontinuität und Dynamik in der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bietet. Der soziale Frieden im Land ist in größter Gefahr und mit ihm die entscheidende Basis für die wirtschaftliche Stabilisierung und gesellschaftliche Gesundung im vereinten Deutschland.

### Wir wollen eine Rückkehr in der Politik zum Sozialstaatsprinzip

Die sozialdemokratischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer fordern deshalb eine schnelle und nachhaltige Umkehr hin zu einer Politik, die das Sozialstaatsprinzip wieder zur Leitlinie insgesamt erhebt und die in der Lage ist, soziale und politische Stabilität und ökonomische Wohlfahrt zu sichern. Deutschland braucht dringend eine politische Wende und einen Wechsel in der Bundesregierung. Die SPD muß sich auf die Ablösung der abgewirtschafteten Regierung

unter Kanzler Kohl konzentrieren und darauf hinarbeiten. Ein radikaler Wechsel in der Politik ist auch deshalb notwendig, weil in Deutschland wieder Armut wächst und Tag für Tag die Zahl derer zunimmt, die ein menschenunwürdiges Dasein am Rande der Gesellschaft fristen. Die Politik der Bundesregierung steuert dem nicht entgegen, sondern belastet vielmehr die Städte und Gemeinden mit stetig wachsenden Sozialhilfeleistungen. So ist die Zahl der Sozialhilfeempfänger von 1.254 Mio. im Jahre 1980 auf 2.779 Mio. im Jahre 1991 gestiegen. Arbeitslosigkeit stellt mit 28,7% aller Fälle die Hauptursache für die Gewährung von Sozialhilfe dar; erschreckend ist gerade auch in den letzten Jahren das Anwachsen von Sozialhilfeempfängern im Kinder- und Jugendalter. Durch diese wachsende Last werden in Städten und Gemeinden die notwendigen Mittel für Investitionen und Modernisierung der Infrastruktur entzogen und den Menschen die Basis für die Zukunft genommen.

#### Wir wollen Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit

Schließlich wird durch die Politik des Sozialabbaus von der Bundesregierung bewußt sozialer Sprengstoff in Kauf genommen. Statt die Lage durch die Beseitigung der sozialen Schiefelage und die Schließung der Gerechtigkeitslücke zu entschärfen, häuft die Bundesregierung weitere soziale Probleme an. Eine wirkungsvolle und die Ursachen der negativen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bekämpfende Politik muß dagegen auf

- die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung und
- die Wiedergewinnung sozialer Gerechtigkeit ausgerichtet sein.

Das Ziel der Vollbeschäftigung muß wieder zu dem Eckpfeiler der Wirtschafts- und Sozialpolitik werden. Vollbeschäftigung ist der beste Beitrag zur Beseitigung und Verhinderung von Armut, gegen die Spaltung der Gesellschaft und zu mehr sozialer Gerechtigkeit.

Wir fordern deshalb eine aktive Wirtschafts-, Struktur-, Industriepolitik, aber auch Technologie- und Forschungspolitik, die dem Ziele der Vollbeschäftigung verpflichtet ist. Die Steuer-, Geld- und Währungspolitik muß ihrerseits auch wieder dem Vollbeschäftigungsziel verpflichtet werden, damit im Verbund all' dieser Politikfelder mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik alle Instrumente auf die Schaffung regulärer Arbeitsplätze konzentriert werden.

Unternehmen und Gewerkschaften, Bund, Länder und Gemeinden, Betriebs- und Personalräte und alle anderen gesellschaftlichen Kräfte müssen auf allen Ebenen zu einer Gemeinschaftsinitiative zur Erreichung dieser Ziele zusammenfinden.

#### Wir wollen eine aktive und beschäftigungsorientierte Politik

Die sozialdemokratischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begrüßen deshalb die Bestrebungen, das Arbeitsförderungsgesetz durch ein Arbeits- und Strukturförderungsgesetz (ASFG) abzulösen.

Auf diesem Wege muß die aktive Arbeitsmarktpolitik gegenüber der passiven Leistungsgewährung gestärkt werden. Die präventive Funktion der Arbeitsmarktpolitik kann nur so gleichzeitig erhöht werden. Die arbeitsmarktpolitischen Instrumente müssen flexibler einsetzbar, miteinander verknüpft werden und zielgerichtet auf die verschiedenen Bedürfnisse der Benachteiligten wie Frauen, Langzeitarbeitslosen, Schwerbehinderten etc. ausgerichtet sein. Die Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit darf nicht weiter geschwächt, sondern muß gestärkt und ihre regionalen Kompetenzen müssen ausgeweitet werden.

Regionale Arbeitsmarktkonferenzen müssen in den Mittelpunkt der regionalisierten Wirtschafts- und Strukturpolitik gerückt werden.

### Wir wollen eine gerechte Bezahlung für qualifizierte Arbeit

Zur solidarischen Finanzierung der Arbeitsmarktpolitik muß die Finanzbasis der Bundesanstalt verbreitert und aus Gründen der Finanzierungssicherheit über den jetzt bestehenden Kreis der Versicherten hinaus erweitert werden. Die Finanzierung der aktiven Arbeitsmarktpolitik über Steuermittel darf allerdings nicht zu einem weiteren "stop and go" führen oder gar zur Konsolidierung des Bundeshaushaltes zu Lasten des Haushalts der Bundesanstalt mißbraucht werden. Vielmehr gilt es, die Arbeitsmarktpolitik und den Haushalt der Bundesanstalt antizyklisch anzulegen.

Insgesamt muß die aktive Arbeitsmarktpolitik so ausgelegt werden, daß sie den verschiedenen Zielgruppen am Arbeitsmarkt eine möglichst gesicherte Grundlage bietet, um durch Stabilisierung, Qualifizierung und Beschäftigung wieder einen regulären Arbeitsplatz zu erreichen. Ein zweitklassiger Arbeitsmarkt mit untertariflicher Bezahlung und schlechten Arbeitsbedingungen beseitigt keine Ursachen der Arbeitslosigkeit, sondern übt nur Druck auf die Löhne und Gehälter aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus.

Eine Politik der Lohnsenkung - auch über einen sogenannten Zweiten Arbeitsmarkt - gefährdet nicht nur die Tarifautonomie, sondern vermindert auch die Massenkaufkraft, die zur Stabilisierung der Wirtschaft unabdingbar ist.

### Wir wollen eine beschäftigungs-, sozial- und umweltorientierte Industriepolitik zur Stärkung des Standortes Deutschland

Eine aktive Arbeitsmarktpolitik kann allerdings nur erfolgreich sein, wenn sie von einer Wirtschaftspolitik begleitet wird, die den Industriestandort Bundesrepublik Deutschland wirklich sichern hilft. Es muß vor allem darum gehen, den ersten Arbeitsmarkt zu stabilisieren und auszubauen.

Deshalb müssen staatliche Forschungs- und Technologiepolitik ihren Beitrag leisten, um die Produkt- und Prozeßinnovationen zu verwirklichen, mit der in Zukunft Märkte zu gewinnen und zu besetzen sind.

Die Infrastruktur muß modernisiert und den Anforderungen einer hoch produktiven Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft angepaßt werden. Dies gilt sowohl für den Verkehr wie für die Flächen und für die Entsorgung. Im Zuge der notwendigen Veränderung unseres Wirtschaftssystems zu einer Marktwirtschaft mit geschlossenen Stoffkreisläufen ist die Recyclingindustrie als Schlüsseltechnologie auszubauen.

Die ökologische Modernisierung, die eine wesentliche Stärke des Standortes Deutschland ausmachen wird, beinhaltet, hier Engpässe speziell zu beseitigen. Auch dies schafft und sichert qualifizierte Arbeitsplätze.

Die Aus- und Weiterbildung muß auf allen Ebenen so weiterentwickelt werden, daß sie den Anforderungen der erhöhten Wissenserwerbs und der schnellen praxisnahen Weitergabe von neuen Kenntnissen und Fähigkeiten gerechnet werden kann. Dies trägt nicht nur zur Chancengleichheit von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bei, sondern verbessert auch ihre Möglichkeiten, sich an den zunehmend schnelleren Prozeß des wirtschaftlichen Wandels in allen Branchen anzupassen. Wir benötigen regionale Aus- und Weiterbildungsverbände, in die auch betriebliche Initiativen eingebracht werden.

### Wir brauchen die Umkehr zu einer sozial gerechten Finanzpolitik

Die Vermögens- und Steuerpolitik muß so gestaltet werden, daß diejenigen entlastet werden, die Arbeitsplätze schaffen, und jene belastet werden, die ihr Geld ins Ausland schaffen oder in Luxuskonsum umsetzen. Immer noch bestehende Ungerechtigkeiten im Steuersystem, so z.B. bei der Erbschaftsteuer, müssen beseitigt und die somit gewonnenen Finanzmittel in produktive Felder umgelenkt werden.

### Wir brauchen eine gerechte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch mehr Mitbestimmung, bessere Arbeitszeitregelung und eine wirtschaftliche Beteiligung

Der notwendigen Umverteilung unterliegt auch weiterhin die Arbeitszeit, um auf diesem Wege die Arbeit besser zu verteilen und die Zeitsouveränität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu stärken.

Gefordert sind heute auch mehr Mitbestimmung im Unternehmen, im Betrieb und am Arbeitsplatz, damit die Entscheidungen über die Zukunft nicht von einigen wenigen gefällt, sondern von möglichst vielen mitgestaltet werden können. Mitbestimmung ist zudem als moderne Form der Konfliktregelung und des Interessenausgleichs unverzichtbar.

Die Wiedergewinnung der wirtschaftlichen Stabilität, die gerechte Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind die beste Voraussetzung für eine Modernisierung des Sozialstaates und die Sicherung sozialstaatlicher Leistungen für alle.

### Wir wollen effiziente sozialstaatliche Leistungen zur Stärkung des Sozialstaates

Nicht der Abbau, sondern nur der Umbau und die Steigerung der Effizienz sozialstaatlicher Leistungen muß das Ziel einer sozialgerechten Politik sein. Nur wenn soziale Gerechtigkeit und Solidarität in Deutschland wieder Einzug halten, wird es auch zur gesellschaftlichen und politischen Stabilität kommen, die heute angesichts des Prozesses der deutschen Einigung notwendiger denn je ist. Die Spaltung der Gesellschaft in Ost und West, Arme und Reiche, in Einflußreiche und Einflußlose muß überwunden, Chancengleichheit wiederhergestellt werden.

### Wir brauchen eine Gemeinschaftsinitiative für Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit

Alle gesellschaftlichen Gruppen und die Politik in Bund, Ländern und Gemeinden sind aufgerufen, sich in einer Gemeinschaftsinitiative für Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit einzusetzen. Sie sind aufgerufen, ihr Handeln auf dieses Ziel auszurichten, in der Öffentlichkeit, in Betrieben und Verwaltungen, im Management und in Parteien und Parlamenten, in Verbänden und Organisationen für die Beteiligung an dieser Initiative zu werben.

Der Bund hält den Schlüssel für eine Konzentration der Kräfte auf eine abgestimmte, in sich schlüssige Gesamtpolitik zur Erreichung von Vollbeschäftigung und sozialer Sicherheit in den Händen. Bei aller Unterschiedlichkeit der Interessen sind die Spitzen aus Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden ganz offensichtlich bereit, ihren Anteil zur Gesundung der Wirtschaft und zur Stabilisierung der Lage beizutragen. Diesen Prozeß gilt es zu organisieren und stetig voranzutreiben.

In einer ganzen Reihe von Ländern gibt es erfolgversprechende Anstrengungen, durch aktives Handeln aller Akteure die notwendigen Maßnahmen zur Stabilisierung entsprechend den regionalen Bedingungen zu optimieren. Auf diesem Wege kann es gelingen, durch Konzentration der Landespolitik eine veränderte Politik auf Bundesebene nachhaltig zu stärken und im Land die Schaffung neuer Arbeitsplätze zu beschleunigen.

Wenn die Gemeinden durch eine Wirtschafts- und Sozialpolitik zunehmend von ihren Haushaltsbelastungen befreit werden, dann werden sie gemeinsam mit den gesellschaftlichen Kräften vor Ort auch wieder in die Lage versetzt, ihre Hauptaufgaben - kommunale Daseinsvorsorge und Ausbau der Infrastruktur - verbessert wahrzunehmen.

An die Stelle der Lähmung der Politik muß eine Politik der Entfesselung aller Kräfte treten.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat in den vergangenen Jahren trotz schmerzhafter und tiefgreifender Einschnitte immer wieder bewiesen, daß es einen erfolgreichen Beitrag zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, zur Stabilisierung und Fortentwicklung der wirtschaftlichen Strukturen und zur Verbesserung der Wettbewerbssituation der nordrhein-westfälischen Industrie- und Dienstleistungsunternehmen zu leisten bereit und in der Lage ist. Die sozialdemokratischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer begrüßen, daß dieser Kurs mit der "Gemeinschaftsaktion Industriestandort Nordrhein-Westfalen" durch die Landesregierung fortgesetzt wird. Rund zwei Milliarden DM werden dafür ab 1994 zur Verfügung gestellt, davon ca. 1,2 Milliarden DM Landesmittel und über 750 Millionen DM EG-Fördermittel. Die Landesmittel werden ausschließlich aus aufgelösten Rücklagen finanziert, eine Kreditaufnahme ist wegen dieser vorsorgenden Finanzpolitik deshalb nicht nötig.

Mit der "Gemeinschaftsaktion Industriestandort Nordrhein-Westfalen" will die Landesregierung dem Strukturwandel zusätzliche Impulse geben und damit Beschäftigung sichern und neue Beschäftigungschancen eröffnen. Damit greift sie einen von der SPD-Landtagsfraktion initiierten Beschluß des Landtags zur Überwindung der wirtschaftlichen Krise auf und setzt die landespolitischen Möglichkeiten in konkrete Politik um. Das ist ein sichtbares Zeichen für eine aktive Politik in Richtung Vollbeschäftigung und soziale Sicherheit und gegen die beschäftigungspolitische Enthaltensamkeit der Bundesregierung.

Besonderer Unterstützung bedürfen weiterhin diejenigen Regionen und Branchen, die unter einen besonders hohen Anpassungsdruck geraten sind.

Kohle, Stahl, Textilindustrie, Automobilzulieferer, Bergbauzulieferer, Elektroindustrie, Maschinenbau etc. sollten vor allen Dingen in ihren Regionen und im Verbund mit all denjenigen, die Verantwortung in der Wirtschaft tragen, gezielt unterstützt werden, damit Arbeitsplätze stabilisiert bzw. zusätzliche und neue geschaffen werden können.

Das Land bietet insgesamt gute Voraussetzungen, die Herausforderung des zunehmenden und schärfer werdenden globalen Wettbewerbs und der technologischen Entwicklung sowie der internationalen Arbeitsteilung offensiv anzugehen und erfolgreich zu bewältigen. Wir in Nordrhein-Westfalen haben gezeigt, daß durch ein Zusammenwirken aller Kräfte aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften Strukturzusammenbrüche verhindert werden können, Stabilisierung möglich ist und Zukunftsgestaltung erfolgreich betrieben werden kann.

Hier liegt ein großes Potential. Wir brauchen den gesellschaftlichen Dialog zur ökonomischen Stabilisierung und zur Sicherung sozialer Gerechtigkeit. Die Bundesregierung zeigt sich hier handlungsunfähig. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden diesen Dialog organisieren und führen.

Diese Gemeinschaftsanstrengungen müssen verstärkt und über das Land Nordrhein-Westfalen in der gesamten Bundesrepublik Deutschland etabliert werden. Es ist nicht nur höchst Zeit für ein notwendiges massives Umsteuern in der Politik, sondern es bieten sich heute auch angesichts der Krise gute Chancen, Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften sowie andere gesellschaftliche Gruppen so zusammenzuführen, daß die notwendigen Kräfte freigesetzt werden, um erfolgversprechend Vollbeschäftigung wieder anzustreben und soziale Gerechtigkeit wiederherzustellen.

Die sozialdemokratischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind entschlossen und bereit, dieses Bündnis der ökonomischen und sozialen Stabilität nach vorne zu bringen.

### D 3

#### Arbeitsrecht

1. Das Arbeitsrecht hat zentrale Bedeutung sowohl für den Wirtschaftsstandort Deutschland als auch für den sozialen Frieden in der Republik. Die Sozialdemokratie steht in der Verantwortung, ein Konzept für diesen Bereich zu entwickeln, wenn sie die Regierungsverantwortung im Bund übernehmen will.
2. Die aktuellen Diskussionen um das Arbeitsrecht ("Vier-Tage-Woche"), die Kürzung übertariflicher Leistungen, die Regelung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die beabsichtigte Einschränkung der Feiertagslohnzahlung, die Neuregelung der Kündigungsfristen und vieles andere mehr zeigen die Brisanz dieses bislang nur bruchstückhaft konzipierten und gesetzlich erfaßten Bereichs.
3. Die SPD ist gefordert, im Bereich der Arbeitsrechtspolitik, die ein "Herzstück" eines sozialdemokratischen Profils sein müßte, Konzepte vorzulegen.
4. Ausgangspunkt dieser Konzeption sollte sein, fehlende einheitliche Mindestregelungen für alle abhängig Beschäftigten zu schaffen, zugleich aber den Tarifvertragsparteien als auch den Betriebsparteien einen hinreichenden und notwendigen Gestaltungsspielraum zu belassen.
5. Die Landesregierung wird aufgefordert, die Initiative zu ergreifen, um in Zusammenarbeit mit der Bundespartei, der SPD-Bundestagsfraktion und den sozialdemokratischen Ländern ein Konzept zu entwickeln, das ein sozial abgewogenes, zugleich aber die wirtschaftliche Entwicklung nicht hinderndes Arbeitsrecht zum Ziel hat.

### D 5

#### Mitbestimmung

Durch Privatisierungsaktionen der liberal-konservativen Bundesregierung und der zunehmenden Fusion von Unternehmen im Bereich der sog. "sozialen Marktwirtschaft" der Bundesrepublik wird die Montanmitbestimmung immer mehr ausgehöhelt. Die Gewerkschaften sind dann gezwungen, auf dem Klagewege ihr Recht zu bekommen.

Um zumindest den Besitzstand der Arbeitnehmer im Rahmen der Sozialstaatlichkeit gem. Artikel 20, Absatz 1 des Grundgesetzes zu wahren, stellen wir folgende Forderungen auf:

1. Die SPD-Bundestagsfraktion ergreift eine Gesetzesinitiative, zumindest mit dem Ziel, einen weiteren Abbau von Arbeitnehmerrechten im Unternehmensmitbestimmungsreich unmöglich zu machen.
2. Die SPD-Landtagsfraktionen setzen sich dafür ein, daß alle Möglichkeiten genutzt werden, um über den Eigentumsbereich die weitgehendste Form der Mitbestimmung der Arbeitnehmer durchzusetzen. Das Eigentum in der Hand öffentlicher Gebietskörperschaften ist besonders zur Sozialstaatlichkeit verpflichtet, vor allem dann, wenn Sozialdemokraten darüber verfügen können.

Alle Sozialdemokraten werden aufgrund ihres sozialen und demokratischen Selbstverständnisses als Einzelpersonen aufgefordert, sich für mehr praktizierte Demokratie auf sozialer Basis nicht nur im staatlichen, sondern auch im betrieblichen Bereich einzusetzen.

#### D 6

##### **Festlegung eines marktgerechten Spareckzinses**

Eine Hochzinspolitik der Bundesbank kann nur mit der Erhaltung der Kaufkraft der DM begründet werden. Deshalb ist im Interesse der "kleinen Sparer" einer gespaltenen Zinspolitik der Banken und vor allem der politisch beeinflussenden Sparkassen entgegenzutreten. Bei der Beibehaltung eines Spareckzinses von 2,5 % ermöglichen sie in der Regel nur Guthabenbesitzern über 5.000,-- DM (z.B. bei der Volksbank Höxter-Beverungen) bzw. 10.000,-- DM (z.B. bei der Sparkasse Höxter) einen marktgerechten Zins bei Festgeldern, während die Zinsen der normalen Sparbuchbesitzer unter der Geldentwertungsrate liegen, also die Sparer praktisch durch diese Zinspolitik "enteignet" werden.

Wir fordern deshalb alle sozialdemokratischen Politiker, die sich in entsprechenden Gremien der Banken und Sparkassen befinden, auf, sich dafür einzusetzen, daß der Spareckzins zumindest bis auf den Prozentsatz erhöht wird, der der Inflationsrate entspricht.

Insbesondere sind die SPD-Mitglieder in den Sparkassenräten direkt anzusprechen und auf die öffentlichen Aufgaben der Sparkassen (z.B. Förderung des Sparsinns gem. § 3 des Sparkassengesetzes NRW) hinzuweisen.

#### D 7

##### **Gaspreisgestaltung**

Wir fordern die verantwortlichen SPD-Politiker in den Organen und öffentlichen Kontrollgremien der Gaswirtschaft auf, sich dafür einzusetzen, daß aus Umwelt- und Verbraucherschutzgründen eine **lineare** und damit durchschaubare Preisgestaltung (Angabe des Erdgaspreises nur in der Mengeneinheit (kHw oder cbm) für ein Kalenderjahr erfolgt.

#### D 8

##### **Neuverteilung der Sozialhilfelasten**

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat nachdrücklich eine Gesetzgebungsinitiative zur Neuverteilung der Sozialhilfelasten zu ergreifen. Falls der Gesetzentwurf scheitern sollte, ist mit diesem Ziel eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht anzustrengen, dabei sollte sich die Landesregierung mit den kommunalen Spitzenverbänden abstimmen.



## **ANTRAGSGRUPPE 3/ ORGANISATIONSPOLITIK**

### **E 3**

#### **Seniorenarbeit**

Die SPD verstärkt ihre Anstrengungen, eine moderne, zukunftsorientierte Politik für das Alter im Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern zu gestalten.

Die SPD wird die SPD-Senioren in ihrem Engagement der letzten Jahre fördern und ihre Förderung nach einer einheitlichen, nach außen offenen, keineswegs hierarchischen Arbeitsgemeinschaft unterstützen, die eng mit der Partei verzahnt ist.

Die SPD nimmt zur Kenntnis, daß die Älteren immer mehr werden, daß es immer mehr Seniorenorganisationen und -initiativen gibt, die einen für sie deutlich erkennbaren Ansprechpartner in der SPD suchen.

Sie nimmt zur Kenntnis, daß sich die Mehrzahl der Mitglieder und Funktionäre in der POLIS-Studie für eine AG ausgesprochen hat und die Bezirke/Landesverbände Baden-Württemberg, Hessen-Süd, Hessen-Nord, Landesverband Hessen, Thüringen und Bremen bereits über eine AG verfügen, wobei viele Bezirke und Unterbezirke/Kreisverbände gerade bei der Vorbereitung und Beschlußfassung sind bzw. sie in diesen Wochen gerade vorgenommen haben.

## **ANTRAGSGRUPPE F/ SONSTIGE ANTRÄGE**

### **I 3**

#### **Altfälle im Asylrecht**

Die von der SPD mitgetragenen Änderungen im Asylrecht greifen. Die hohe und rasch wachsende Zuwanderung, die Städte und Gemeinden zu überfordern drohte, sowie die Besorgnis wachsender politischer und sozialer Spannungen begründete, hat abgenommen.

Nun treten gerade im kommunalen Bereich die "Altfälle" in den Brennpunkten öffentlicher Diskussion, in denen Asylbewerber nach z.T. jahrelangen Verfahren oder Angehörige des Volkes der Roma oder Sinti nach der Auseinandersetzung im Land über ein dauerhaftes Bleiberecht die Bundesrepublik verlassen müssen.

Der Konflikt zwischen rechtsstaatlich ordnungsgemäßen Entscheidungen mit der Folge der Durchsetzung gesetzlich zwingender Ausreisepflichten und der durch Zeitablauf eingetretenen Integration überfordert die kommunalen Ausländerbehörden und birgt die Gefahr, Gesetzesvollzug als "unmenschlich" und bürokratisch erscheinen zu lassen.

Angesichts dieser Entwicklung stellt die SPD folgendes fest:

1. Wir müssen alle Anstrengungen unternehmen, um die Fluchtursachen zu bekämpfen und den Menschen das Bleiben in ihrer Heimat oder die Rückkehr dorthin zu ermöglichen. Das Land NRW hat dafür vorbildliche Projekte initiiert. Auf Bundesebene muß die wirtschaftlich und humanitäre Hilfe für solche Länder deutlich erhöht werden.
2. Wir brauchen ein europäisch abgestimmtes Einwanderungsrecht mit jährlichen Quoten entsprechend unserer Aufnahme- und Integrationskapazität.
3. Wir fordern vom Bund, die in seiner Zuständigkeit stehenden Entscheidungen über die hohe Zahl von "Altfällen" zu beschleunigen, damit die Betroffenen nicht jahrelang im Ungewissen leben.

### **F 6**

#### **Ausstieg aus der Kernenergie**

Der Landesparteitag bekräftigt die Landesregierung NRW in ihrer Entscheidung zum Ausstieg aus der Kernenergie auf der Grundlage der Beschlüsse des Nürnberger Parteitages von 1986 und fordert die anderen Bundesländer auf, diesem Beispiel zu folgen.

### **F 8**

#### **Gemeinsame Verfassungskommission**

Wir begrüßen

- den Antrag der SPD-Mitglieder der Gemeinsamen Verfassungskommission, das

- Recht auf stärkere Bürgerbeteiligung (Volksbegehren und Volksentscheid) und die "Sozialen Grundrechte":
- Recht auf Umweltschutz,
- Recht auf Wohnung,
- Recht auf Arbeit,
- Recht auf soziale Sicherung

als Staatsziele in das Grundgesetz aufzunehmen.

Wir begrüßen ferner das Bemühen der SPD-Mitglieder der gemeinsamen Verfassungskommission, daß niemand wegen seiner Behinderung benachteiligt werden darf.

Wir fordern den SPD-Bundesvorstand und die SPD-Bundestagsfraktion auf, diese sozialdemokratischen Ziele offensiv zu vertreten und sie in einem alternativen Verfassungsentwurf darzustellen.

---

#### **\*) Fußnote**

Alle mit einer Fußnote gekennzeichneten Reden können in Einzelexemplaren beim Landesverband abgerufen werden.

Protokollführung: Erika Oppel/Birgit Zoerner

beglaubigt durch die Präsidiumsmitglieder  
Christina Riesenbeck und Friedrich Schepsmeier

---

#### **IMPRESSUM:**

SPD-Landesverband Nordrhein-Westfalen, Elisabethstraße 3, 40217 Düsseldorf  
Februar 1994

---